

Michael Noweski

Ausreifende Politikfelder – Perspektiven einer Theorie

Zusammenfassung

Die Politikfeldanalyse nutzt zur Untersuchung langfristigen Wandels vor allem Modelle des historischen Institutionalismus. Zunehmend finden sich auch Ansätze, die auf Evolutionstheorien basieren. In diesen Beiträgen werden Politikfelder gelegentlich als jung oder alt bezeichnet. Der Aufsatz schlägt vor, den Wandel von Politikfeldern explizit als Reifeprozess zu konzeptualisieren. Er zeigt, dass diese „Ausreifungstheorie“ in der Literatur implizit bereits anzutreffen ist. Aus diesen Texten lassen sich mindestens vier Indikatoren zur Messung des Prozesses ableiten.

Schlagerworte: Historischer Institutionalismus, Evolutionstheorie, langfristiger Wandel, Ausreifung

Abstract

Prospects of a Theory of Maturing Policy Subsystems

In order to research long-term change common policy analysis mainly uses models of Historical Institutionalism. Increasingly there are also approaches to be found which base on evolutionary theories. In these inputs policy subsystems occasionally are described as young or old. This article recommends to conceptualize change of policies explicitly as maturing transformation. It shows that a „theory of maturing policy subsystems“ already is found implicitly in academic literature. At least four indicators can be deduced from literature to indicate the progression.

Key words: historical institutionalism, evolutionary theory, long-term change, maturing

1. Einleitung

Zur Analyse langfristigen Wandels nutzt die Politikwissenschaft gegenwärtig vor allem zwei Theorie-Cluster, den historischen Institutionalismus und die Evolutionstheorie. Das erste Theorienbündel fragt insbesondere nach der Änderung von Politikgehalten und -ergebnissen (Policies) als Resultat von politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen (Politics) in relativ statischen Organisationsstrukturen (Polity). Es beinhaltet prominente Ansätze wie Pfadabhängigkeit (Werle 2007), Policy Learning (Bandelow 2009), Multiple Streams (Chen 2011) und das Advocacy Coalition Framework (Sabatier/Weible 2007). Als Alternative wird zunehmend die Evolutionstheorie eingesetzt, die stärker Veränderungen in der Polity abbildet (Lewis/Steinmo 2010; van den Bergh/Kallis 2009), weil sie Variation und Selektion in kompetitiven Akteursnetzwerken beobachtet (Pedersen 2010). Neben Verdrängungswettbewerben gehört jedoch auch der Aufbau neuer Netzwerke zu den Gegenständen der Evolutionstheorie (Dodds/Cooper/McKenna 2010). Die Gegenüberstellung der hier skizzierten Theorie-Cluster zeigt zwei verschiedene Schwerpunktsetzungen des Erkenntnisinteresses hinsichtlich der Analyse langfristigen Wandels,

auf Institutionen und Policy einerseits und Akteure und Polity andererseits. Den holistischen Ambitionen des akteurszentrierten Institutionalismus (*Mayntz/Scharpf* 1995) folgend, soll hier eine synoptische Theorie ausreifender Politikfelder skizziert werden, die von langfristigen Veränderungen bei der Polity ausgeht, Politics beobachtet und den Wandel von Policies erklärt. Es geht um die Annahme, dass Politikfelder einen Reifeprozess durchlaufen, der von der Struktur des Netzwerkes ausgehend dessen Kommunikation und schließlich dessen Entscheidungen bzw. Politikergebnisse bestimmt. Der Text gibt einen Überblick über die Literatur und schlägt vier Indikatoren für Ausreifung vor.

2. Ausreifung in der Geschichtsphilosophie

In der Analyse gesellschaftlicher Prozesse war der Gedanke des Werdens und Vergehens ursprünglich weit verbreitet. Es wurde angenommen, dass die Weltgesellschaft einen sinnvollen Wandel vollzieht, der als Fortschritt bezeichnet werden kann (*Kant* 1795; *Hegel* 1917). Diese langfristige Entwicklung schien aus Epochen zu bestehen (*Goethe* 1999; *Weber* 1935). Reiche (*Toynbee* 1950; *Spengler* 1922), Gesellschaftsformen (*Marx/Engels* 1932; *Schumpeter* 1942) und Organisationen (*McKelvey* 1982; *Michels* 1958) hatten einen Anfang, eine Blütezeit, verfielen und verschwanden schließlich. Die jeweils nachfolgende Existenzform wurde oftmals als fortschrittlicher wahrgenommen. Die Kategorien „Anfang“, „Ende“ und „Fortschritt“ halfen den Wandel der Lebenswelt zu ordnen und diesen kontinuierlichen Veränderungsprozess als sinnvoll anzunehmen.

Die Sozialwissenschaften des zwanzigsten Jahrhunderts konstituierten sich nicht zuletzt als Gegenmodell zur Geschichtsphilosophie, indem sie die Vorstellung linearer Entwicklungsprozesse mit Verweis auf Diskontinuität und Interdependenz verwarfen. Ein Beispiel ist das gewandelte Bild des Staates. Statt als monolithischer und autonomer Akteur, stellt er sich inzwischen als komplexes Netzwerk aus physischen Akteuren, Beliefs und Spielregeln ohne klar definierte Grenzen zu einer noch komplexeren, mit ihm interagierenden gesellschaftlichen Umwelt dar (*Willke* 1983). Falls es einen Staat geben sollte, scheint unklar zu sein, welche Handlungen ihm zuzuschreiben sind, welche Entwicklungen er durchläuft und ob sich gegenwärtig sein historischer Entwicklungsprozess fortsetzt oder umkehrt (*Crouch* 2004). Zur Unsicherheit über Räume und Zeiträume kommt die Fragwürdigkeit von Wertekonzepten. Konstruktivistische Selbstanalysen offenbarten das wissenschaftliche Urteil als subjektiv, als Produkt der sozialen Bedingungen (*Habermas* 1971). Jede Aussage über Fortschritt oder Rückschritt wie auch jede Richtungsangabe zu gesellschaftlichen Zielen ist nun politische Aussage und genießt keine Weihe wissenschaftlicher Objektivität mehr. Der Wissenschaftsbetrieb sucht seitdem seine Legitimation als Produzent von objektiven Fakten oder zumindest belastbaren Daten zu bewahren, indem er Abstand zwischen sich und politische Debatten über Fortschritt bringt. Wie im Verlauf dieses Textes ersichtlich werden wird, beseitigte die Ablösung der Geschichtsphilosophie durch überwiegend positivistisch-empirische Sozialwissenschaften (*Walter* 1970) Modelle linearer bzw. chronologischer Entwicklung nicht vollständig. Neben der phasenheuristischen Analyse von Gesetzgebungsprozessen (*Jann/Wegrich* 2009) finden sie auch bei der Analyse umfassender Netzwerke wie Politikfeldern Anwendung. Es wird außerdem deutlich werden, dass trotz Akademisierung und Entpolitisierung universitärer Grundlagenforschung bewertende Stellungnahmen zu Richtung und Geschwindigkeit von

Entwicklungen weiterhin vorkommen und die Kategorien des Werdens und Vergehens nicht obsolet sind.

3. Ausreifung in den Wirtschaftswissenschaften

Die Analyse der Reifestadien von Märkten gehört zu den Standardverfahren in den Wirtschaftswissenschaften (*Golder/Tellis* 2011). Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass technologische Innovationen neue Produkte ermöglichen. Diese finden nach der Markteinführung zunehmenden Absatz, erreichen jedoch nach einiger Zeit der Weiterentwicklung die Grenzen des technologischen Potenzials und werden von anderen Produkten verdrängt, was zum Zusammenbruch des Absatzes führt. Produkt und Markt haben einen Lebenszyklus durchlaufen.

In direktem Zusammenhang zum Produkt und seinem Markt steht das Werden und Vergehen von Industrien. Auch hier lassen sich Reifestadien unterscheiden (*Peltoniemi* 2011). Zu Beginn, mit der Marktreife einer neuen Technologie, treten neue Produzenten auf. Ihre Zahl steigt an. Da einige von ihnen den Markt relativ schnell wieder verlassen, besteht eine relativ hohe Fluktuation der Anbieter. Die Unternehmen definieren zunehmend ihre Marktposition, z.B. als Technologieführer mit hohen Aufwendungen für die Forschung. Sie sondieren ihr Umfeld, vernetzen sich mit anderen Unternehmen, gewinnen Kooperationspartner und entwickeln mit diesen eine Arbeitsteilung. Zu diesem Zeitpunkt lastet auf den neuen Strukturen ein erheblicher Rechtfertigungsdruck gegenüber den etablierten Industrien und den Banken. Daher kooperieren die neuen Anbieter bei der Legitimationsarbeit. Neben diesem sozialen Netzwerk der Unternehmen entstehen Kommunikationsbeziehungen zu den Konsumenten. Ihr Interesse an den neuen Produkten nimmt zu und sie entwickeln Vertrauen zur neuen Technologie. In dem Maße, wie sich die Vertriebswege etablieren und Kunden Erfahrungen zu den Produkten sammeln, steigt die Markttransparenz. Diese erhöht den Kostendruck für die Anbieter und facht die Konkurrenz an. Die Unternehmen suchen ihre Gewinnmargen zu erhalten, indem sie zu größeren Einheiten fusionieren, die durch Massenfertigung kostengünstiger produzieren. Die Anzahl der Unternehmen sinkt (*Dinlersoz/MacDonald* 2009). Ebenso die Anzahl und Verschiedenheit der Produkte, die nun einem optimierten Standarddesign folgen. Den Selektionsprozess überstehen jene Unternehmen, die aufgrund ihrer Größe besonders kostengünstig produzieren. Ihre Margen reichen aus, in die Entwicklung zu investieren, um das Potenzial der Technologie auszuschöpfen.

Märkte und Industrien werden durch spezifische Gesetze reguliert und bilden somit spezifische Regulierungssysteme bestehend aus Regulierungssubjekten, -trägern und -objekten (*Noweski* 2008, S. 18). Diese Systeme sind Gegenstand politischer Diskurse in denen vor allem die Ziele und Mittel staatlicher Intervention verhandelt werden. Es besteht also ein Politikfeld, dessen Entstehung und Reife durch die Ausreifung der zugehörigen Industrie wesentlich beeinflusst ist. Solchermaßen industriespezifische aber auch alle weiteren Politikfelder werden in der Literatur hinsichtlich ihrer Strukturveränderung analysiert. In diesen Beiträgen lassen sich vier verschiedene Modelle identifizieren.

4. Spielregel-Modell

Im „Spielregel-Modell“ sind die Kommunikationsprozesse der Akteure unabhängige Variable politischen Wandels (Zittoun 2009). Die Reife eines Politikfeldes wird daran gemessen, ob die Beziehungen der politischen Akteure routinisiert wurden und Rollenerwartungen gefestigt sind. Wie eine Fallstudie zur gesetzlichen Krankenversicherung in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre aufzeigt, ist dies in jungen Politikfeldern noch nicht gegeben (Döhler/Manow 1995). Die ersten Kostendämpfungsversuche des damals zuständigen Arbeitsministeriums scheiterten am Widerstand der Kassenärztlichen Vereinigungen. Der Bundesarbeitsminister hatte die Gegenkampagne der Vereinigungen unterschätzt, im Glauben Körperschaften des öffentlichen Rechts würden nicht gegen Reformgesetze opponieren. Obgleich es sich um Institutionen der mittelbaren Staatsverwaltung handelte, erwiesen sich ihre Vorstände als Interessenvertreter der Ärzteschaft. Die Reform wurde aufgegeben und erst nach zwei Jahrzehnten wagte eine Bundesregierung wieder zaghafte Kostendämpfungsmaßnahmen. Dabei jedoch antizipierte sie die erwartbaren Proteste durch eine autonomieschonende Form indirekter Regulierung, indem die Ärzteverbände in eine Konzertierte Aktion eingebunden wurden (Wiesenthal 1981).

Eine Fallstudie zur Regulierung der amerikanischen Luftfahrtindustrie zeigt, dass in jungen Politikfeldern der Staat selbst zu einer Definition seiner eigenen Rolle finden muss (El-Kasaby/O'Neil/Tarry 2007). Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts schwankte er zwischen den Funktionen des Förderers und Regulierers der Luftfahrt. Wechselnde Konjunkturen von Subventionierung und Besteuerung sowie Regulierung und Deregulierung sendeten widersprüchliche Signale an die Luftfahrtunternehmen. Erst im Verlauf der Jahrzehnte fanden die Behörden zu einer Routine, die finanzielle Förderungen und Eingriffe in unternehmerische Belange begrenzte, gesetzliche Regelungen zu Fragen der Sicherheit der Fluggäste und Arbeitnehmer gleichwohl auf hohem Niveau verstetigte.

Verbände oder andere intermediäre Organisationen scheinen im Verlauf der Ausreifung an Bedeutung zu gewinnen und koordinierende Funktionen zu übernehmen. Im Rahmen der britischen Klimaschutzpolitik sind in den letzten Jahren Selbstverpflichtungsabkommen zwischen Regierung und Industrie geschlossen worden. Dabei haben die Branchenverbände die Rolle des Vermittlers übernommen (Bailey/Rupp 2006). Einzelne Unternehmen können sich den Erwartungen der Öffentlichkeit nach Reduktion der Emissionen nur schwer entziehen. Dass ihre Verbände die Verhandlungsführung übernehmen, beschränkt die Optionen der Unternehmensleitungen. Gleichzeitig artikulieren die Verbände Umsetzungsschwierigkeiten ihrer Mitglieder. Durch die institutionalisierte Kommunikation besteht zunehmend Transparenz über die Problemwahrnehmung der jeweils anderen Mitspieler und mehr Erwartungssicherheit zu deren Verhalten.

5. Kompromissuche-Modell

Nach dem „Kompromissuche-Modell“ konstituieren sich Politikfelder um Kontroversen zwischen politischen Interessenkoalitionen. Ausreifung bedeutet demnach die allmähliche Herausbildung von Konsens oder zumindest eines Interessenausgleiches. Die Anwendung des „Advocacy Coalition Framework“ (Weible/Sabatier 2007) hat in den letzten Jahren zahlreiche Studien hervorgebracht, die auf diesen Prozess der Kompromissuche und -findung hinweisen. Zu Beginn formieren sich die Koalitionen mit scheinbar unvereinbaren

Positionen. Im Verlauf der Auseinandersetzung setzt sich die Erkenntnis durch, dass eine zumindest teilweise Verständigung vorteilhafter ist als fortdauernde Konfrontation (Axelrod 1981). Deshalb nähern sich die Kontrahenten in ihrer Programmatik an. Eine Fallstudie zur kanadischen Waldnutzungspolitik dokumentiert dies am Beispiel der Holzindustrie, die auf neue Konzepte von Umweltschützern einging (Lertzman/Rayner/Wilson 1996). Ein Kompromiss liegt insofern vor, als keine der Koalitionen die jeweils andere verdrängte oder marginalisierte, sondern die politischen Resultate in Form neuer Gesetze einen Interessenausgleich herstellen. Auch an der Familienpolitik in Deutschland wird augenfällig, dass die Befriedung des Konfliktes nicht unbedingt durch den Sieg eines Lagers verursacht sein muss. Die jüngsten Reformen zum Elterngeld und der Kinderbetreuung zeigen eine Verlagerung der Beliefs der Union vom katholisch-konservativen Familienbild zur sozialdemokratischen Programmatik, die nicht Machtunterlegenheit geschuldet ist, sondern der Anerkennung von Argumenten nach Jahrzehnte währendender Kontroverse (Mätzke/Ostner 2010).

6. Staatsdominanz-Modell

Eine Prämisse des historischen Institutionalismus besagt, dass konsolidierte Regierungssysteme eher in der Lage sind, Reformen zu projektieren und durchzusetzen, als jene, die fragmentiert oder von nichtstaatlichen Ressourcen abhängig sind (Boase 2005). Weiterhin gilt die Annahme, dass die Institutionalisierung und Konsolidierung dieser leistungsfähigen gouvernementalen Strukturen ein Jahrzehnte währender Prozess ist (France/Taroni 2005). Das Staatsdominanz-Modell konkretisiert diese Reifung sektorspezifischer Regulierungssysteme als Transfer von Steuerungsressourcen von den nichtstaatlichen Akteuren zum Staat. Demnach scheitern in jungen Politikfeldern Reformversuche des Staates, weil dieser über zu wenig fachliche Expertise verfügt und auch die Steuerungsressource Geld nicht kontrollieren kann. Überdies ist die Legitimation staatlicher Intervention noch nicht anerkannt. Im Verlauf der Ausreifung akkumuliert der Staat Expertise, Geld und Legitimation bis er das Politikfeld dominiert und Reformen durchsetzen kann. Ein augenfälliges Beispiel ist die Gesundheitspolitik in Kanada, wo der Transfer dieser Machtressourcen den Staat in die Lage versetzte, die Einrichtung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes gegen den Widerstand der Ärzte durchzusetzen (Williams u.a. 1995). Selbst in den USA, dem Gegenmodell zum relativ etatistischen Kanada (Spithoven 2011), vollzieht sich derselbe Prozess. Zwar bleiben die Gesundheitsreformen der Demokraten regelmäßig hinter den Ambitionen zurück, weil die Ärzte, privaten Versicherungskonzerne und Arbeitgeber sowie die höhere Steuern und Versicherungsbeiträge fürchtende Mittelschicht enorme Barrieren errichten, gleichzeitig jedoch akkumuliert sich Expertise in den Ministerien des Bundes und der Staaten sowie der universitären Gesundheitssystemforschung, gewinnen die öffentlichen Programme als Finanzierungsquelle der Gesundheitsindustrie an Bedeutung und gelingt es den Regierungen zunehmend, Partikularinteressen zu diskreditieren. Im Ergebnis steigen Regelungsdichte und Redistribution von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, selbst unter republikanischen Präsidenten (Cacace 2010, S. 183-187; Stevens 2008). Die Atomenergiepolitik in den USA, die von sehr ähnlichen Umgebungsbedingungen bestimmt ist, zeigt bei langfristiger Betrachtung einen vergleichbaren Machttransfer zu Gunsten des Staates (Duffy 1997).

Ob die Übernahme der Machtressourcen und die Kontrolle von Politikfeldern durch den Staat als Erosionsprozess des vormals autonomen Feldes zu bewerten ist (Tram-

pusch 2009), kann hier nicht entschieden werden. Plausibel erscheint, dass der Prozess umkehrbar ist und vor allem durch Deregulierung und Privatisierung Steuerungsressourcen vom Staat auf private Akteure rückverlagert werden können (*Wong* 2009).

7. Perpetuierungs-Modell

Dem „Perpetuierungs-Modell“ folgend, sind Politikfelder dann ausgereift, wenn sie kulturell und ökonomisch selbstständig geworden sind und sich selbst erhalten können. Mit Blick auf die Ausbildung eines spezifischen Akteursnetzwerkes nennt der amerikanische Politikwissenschaftler *Sabatier* als Kriterien eines „mature subsystem“: ein semi-autonomes Netzwerk von Experten, eine relativ konstante Politikberatung bzw. Lobbyarbeit dieses Netzwerkes über eine Frist von zumeist sieben bis zehn Jahren, spezialisierte Einheiten bei der Staatsverwaltung, die sich für diesen Politikbereich zuständig fühlen, sowie Interessengruppen die sich primär mit diesem Sektor befassen oder entsprechende Einheiten ausbildeten (*Sabatier* 1998, S. 111). Echte Neubildungen sind aufgrund des Ressourcenbedarfes politischer Netzwerke nicht möglich. Diese entstehen vielmehr durch Absprossung von vorhandenen Strukturen. Zunächst distanzieren sich einige Akteure von der Funktionslogik eines etablierten Akteursnetzwerkes, was zu einer kulturellen aber auch ökonomischen Exklusion führt. Im Falle der gesundheitsbezogenen Primärprävention entstand eine neue Funktionslogik gegenüber dem Medizinbetrieb die auf Bewahrung von Gesundheit statt Kuration von Krankheit ausgerichtet ist (*Luhmann* 1990). Es gelang, für die neue Versorgungsform staatliche Förderung zu akquirieren und eine eigene Infrastruktur zu errichten (*Rübiger* 2011). Durch eigene Interessenpolitik kann sich das neue Akteursnetzwerk inzwischen politisch gegenüber anderen Gruppen, wie zum Beispiel der Medizin, behaupten. Einen sehr ähnlichen Prozess der Absprossung vollzogen die erneuerbaren Energien gegenüber der konventionellen Energiewirtschaft (*Stefes* 2010; *Jacobsson/Lauber* 2006). Selbstständigkeit meint hier nicht Autarkie. Vielmehr kann das neue System, trotz fortbestehender Interdependenz, nicht mehr von rivalisierenden Systemen beseitigt oder reintegriert werden. Das „themenspezifische Politikfeldmuster“ (*Köhling/Lanfer* 2010) ist stabil.

Erfolgreiche neue Subsysteme können durch einen Export ihrer Ideologie zur Transformation älterer Politikfelder beitragen (*Smith* 2007). Diese Kolonisierung anderer Akteursnetzwerke relativiert jedoch auch die Spezifik der eigenen Kultur und gefährdet die Reproduktion der eigenen Identität (*Markham* 2005). Zur Stabilisierung der internen Integrität ist es in jedem Fall unerlässlich, sich von fremden Ideologien zu distanzieren (*Ahlemeyer* 1989).

8. Indikator Wissensbestände

In Politikfeldern akkumulieren und differenzieren sich über lange Frist Wissensbestände. Dies betrifft nicht nur die im Feld aktive Wissenschaft (*Wray* 2005), sondern auch Professionen (*Bucher/Strauss* 1961) und Infrastrukturen bzw. Versorgungssysteme (*Leblebici u.a.* 1991). Auch die Akteure des Politikbetriebes sammeln Erfahrungen, welche Strategien Erfolg versprechen, und akkumulieren abrufbares Handlungswissen (*Canary* 2010). Der Anreiz hierzu besteht in der Aussicht, weniger Fehler zu machen und die Aufgabenstellungen besser erfüllen zu können (*March/Olson* 2004).

Eine international vergleichende Analyse zur Landnutzungspolitik weist darauf hin, dass Lernprozesse wesentlich von Problembewusstsein und der Problemdefinition bestimmt sind (*Adams/De Sousa/Tiesdell* 2010). Die Sanierung und Nutzung von Industriebrachen gelingt in England besser als in Schottland, den USA und Kanada, weil die Verschwendung von Landschaft nicht toleriert wird und verlassene Betriebsgelände nicht als Belastung sondern als Ressource der Stadtentwicklung betrachtet werden. Während immer noch viele nordamerikanische Kommunen entsprechende Gelände aufgeben, hat sich in Großbritannien ein Umdenkungsprozess vollzogen. Die Stadtverwaltungen entwickeln und vermarkten Industriebrachen als vergleichsweise gut erschlossenes Baugelände. Es etablierte sich ein spezifisches Rekultivierungsregime, das von der Zentralregierung in London unterstützt wird. Die Autoren der Studie interpretieren diesen Lern- und Politikentwicklungsprozess als Reifung („maturing“).

Die Wissensbestände der politischen Akteure differenzieren sich aus, weil die Problemlagen durch eine immer breitere Palette spezifischer Lösungsstrategien beantwortet werden. Der Zuwachs an Wissensbeständen drückt sich auch in der Sprache aus. Hier sind allerdings sowohl Differenzierung als auch Entdifferenzierung zu beobachten. Einerseits entwickeln die politikfeldspezifischen Akteure ihre eigene Fachterminologie, die sich mit der Zeit weiter auffächert. Andererseits sind die Beteiligten bemüht, den Gebrauch der Begriffe zu vereinheitlichen, indem Definitionen konsentiert werden (*Yanarella/Levine/Lancaster* 2009). Neben der Fachsprache entstehen gegenstandsbezogene Sozialwissenschaften. Im Falle des Umweltschutzes formieren sich seit einigen Jahren die Umweltsoziologie und Umweltethik. Diesen relativ anwendungsorientierten Disziplinen folgen nunmehr die stärker auf Selbstreflexion gerichteten Fächer der Umweltgeschichte (*Herrmann* 2009) und Umweltphilosophie.

9. Indikator Politische Organisation

Die Bildung von Gruppen und der Aufbau von Organisationen sind Prozesse, die sich mit Hilfe evolutionärer Entwicklungsstadien beschreiben lassen (*Aldrich/Ruef* 2006, S. 132-158). Man kann annehmen, dass Politikfelder, als themenspezifische Netzwerke aus Gruppen und Organisationen, diese Entwicklung ebenso durchlaufen. In dem Maße, wie sich neue Wissensbestände herausbilden, entwickeln sich Gruppen entsprechend kompetenter Spezialisten. Diese verfügen über spezifische Wahrnehmungsmuster und Relevanzkriterien und unterscheiden sich daher auch in ihren normativen Standpunkten von anderen Gruppen (*Dudley/Richardson* 1996). Zur Verteidigung dieser Programme müssen sie politische Organisationen errichten und unterhalten.

Ein Beispiel für den Lebenszyklus politischer Organisation bieten die Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten. Nach dem zweiten Weltkrieg gelang es ihnen in der Bundesrepublik in kurzer Zeit, mitgliederstarke und gut organisierte Verbände zu gründen und durch eine eigene Partei in Landtagen und dem Bundestag vertreten zu sein (*Ahonen* 2003). Aufgrund der Bedeutung der Vertriebenenpolitik existierte 1949 bis 1969 ein spezifisches Bundesministerium. Heute besteht zu diesem Thema lediglich noch ein Referat im Bundesinnenministerium als Bestandteil der Abteilung „Migration; Integration; Flüchtlinge; Europäische Harmonisierung“. Der Bedeutungsverlust der Vertriebenenpolitik ist an der Struktur des administrativen Systems ablesbar. Ebenso der Bedeutungszuwachs der vergleichsweise neuen Migrations- und Integrationspolitik. Neben mehreren Referaten in besagter Abteilung

des Innenministeriums bestehen migrationspolitische Referate auch im Arbeitsministerium, Bildungsministerium und Familienministerium, obwohl die Verbände der Migranten als wenig einflussreich gelten (*Mikuszies u.a.* 2010). Augenscheinlich artikulieren viele weitere politische Akteure die Relevanz dieses Problemfeldes.

Ein international augenfälliges Beispiel für politischen Erfolg ist die Umweltbewegung. Ihre parlamentarischen Agenten, die grünen Parteien, sind nach Lern- und Professionalisierungsprozessen in vielen Ländern regierungsfähig (*Bolleyer* 2010). International ist ein Trend zur Umweltschutz-Gesetzgebung zu konstatieren (*Holzinger u.a.* 2010). Es zeigt sich, dass ausgereifte Politikfelder ein stabiles Netzwerk gut sichtbarer politischer Akteure aufweisen, die in der Lage sind, ihr Thema auf der politischen Agenda zu halten (*Kilian/Engelmann* 2010).

10. Indikator Verrechtlichung

Rechtsentwicklung ist ein Differenzierungsprozess, der sich eigendynamisch innerhalb eines Rechtssektors vollzieht und dies prinzipiell jenseits staatlicher Intervention (*Luhmann* 1981). Die Rechtsgeschichte zeigt jedoch, dass mit zunehmendem Wachstum und entsprechend zunehmender Bedeutung des jeweiligen Sektors als Teilsystem der Gesellschaft die Wahrscheinlichkeit staatlichen Eingreifens und einer Ko-Evolution systeminterner Dynamik und staatlicher Regulierung zunimmt. Ein Beispiel hierfür ist das Schulrecht in Deutschland, das zunächst von Pädagogen konzeptionell entwickelt und untergesetzlich improvisiert wurde, aber im 19. Jahrhundert zum Rechtsgebiet avancierte, weil der Staat die Verantwortung für die Bildung der Bevölkerung an sich zog (*Kurtz* 1982). Die Antidiskriminierungspolitik in den USA nahm ihren Anfang in sozialen Bewegungen, die gegen die Marginalisierung spezifischer Bevölkerungsgruppen protestierten und führte im Verlauf der Jahre zu Regelungen, die nicht nur in Anzahl und Umfang zunahmten, sondern zu integrierten Gesetzen systematisiert wurden (*Grattet/Jenness* 2001). Eine historische Analyse des Umweltrechts in den USA hebt diesen Aspekt der Integration als Errungenschaft der „vierten Generation“ der Umweltgesetzgebung besonders hervor (*Arnold* 2011). Die Evolution der Vorschriften zum Klimaschutz, zur Landnutzung und zur Wassernutzung sei zwar jeweils eigenständig verlaufen und das gesamte Umweltrecht im Prozess der Differenzierung begriffen, der Gesetzgeber und die Rechtsprechung verfolgten jedoch seit einigen Jahren einen holistischen Ansatz. Grundlage ist die Erkenntnis, dass Umweltprobleme multikausal und interdependent sind, dass Umweltschutzmaßnahmen zunehmend komplex angelegt werden und eine wachsende Zahl unterschiedlicher Akteure beteiligt ist. Während die Umweltschutzakteure der Fragmentierung ihres Aktionsfeldes durch Vernetzung und Koordinierung zu begegnen suchen, versucht der Gesetzgeber Umfang und Komplexität des Netzwerkes zu berücksichtigen, indem die Vorschriften zum Klimaschutz, der Landnutzung und Wassernutzung inhaltlich komplementär ausgerichtet werden und sich hinsichtlich der Reichweite gegenseitig durchdringen, also ein integriertes System bilden.

Es ließe sich zu vielen weiteren Politikfeldern eine Entwicklung von wenigen abstrakten Regeln zu komplexen und konkreten Regelwerken nachweisen. Diese schaffen Erwartungssicherheit über das Verhalten der Akteure und manifestieren Rollen und Funktionen. Innerhalb des Systems ermöglicht dies den Aufbau arbeitsteiliger Organisationen, Austauschbeziehungen zwischen Anbietern und Nachfragern und Modi der Konfliktregu-

lierung (Vlaar/van den Bosch/Volberda 2007). Umgebende andere Systeme gewinnen durch die Anschauung der Regelwerke leichter Orientierung zu den Funktionsbedingungen dieses Systems und können sich hierzu positionieren. Da Verstöße gegen allgemeine Moralvorstellungen und grundlegende Rechtsordnungen nicht toleriert werden und erhebliche Abweichungen zu Korrekturen durch den Staat führen würden, ist die Verrechtlichung von Subsystemen gleichbedeutend mit einer kulturellen Integration in die Gesellschaft (Kötter 2003) und Voraussetzung intersystemischer Kommunikation und Koordination. Das Akteursnetzwerk selbst entwickelt aufgrund spezifischer Rechtsquellen eine eigene Identität. Die Politikfeldanalyse kann hieran die Grenzen des themenspezifischen Netzwerkes nachvollziehen. Die fortgeschrittene Kodifizierung des Regulierungssystems kann als Hinweis auf Reife betrachtet werden, denn sie ist Ausdruck der Anerkennung gesellschaftlicher Relevanz durch den Staat sowie ein Zeichen struktureller Verstetigung.

11. Indikator Materielle Reproduktion

Politikfelder benötigen zum Erhalt ihrer Strukturen, ebenso wie andere Netzwerke und Organisationen, Geld. Unter den Bedingungen knapper Ressourcen rivalisieren Politikfelder um Finanzierungsquellen. Eine wesentliche Geldquelle ist der Staat, der Politikfelder selektiv fördert. Er kann überwiegend privatwirtschaftliche Strukturen subventionieren (z.B. Landwirtschaft) oder bezuschussen (z.B. Kultur), Anbieterstrukturen mit parafiskalischen Finanzierungssystemen ausstatten (z.B. Krankenversorgung) oder öffentliche Einrichtungen vollständig aus dem Steueraufkommen finanzieren (z.B. Bildung). Da der Staat Mittel umverteilen jedoch nicht kreieren kann, besteht ein Nullsummenspiel und befinden sich die Felder in Rivalität zueinander (Solomon/Barnes/Halvorsen 2007), die zu Interessenpolitik zwingt (Lowery 2007).

Ausreifung im Sinne von Konsolidierung lässt sich also auch an der Stabilisierung der Finanzierungsgrundlage ablesen (Merson u.a. 2008). Indikatoren für Erfolg können Umsätze, Beschäftigtenzahlen und Lohnniveau sein, wie auch die finanzielle und personelle Ausstattung der politikfeldspezifischen Interessenverbände. Dabei sind die Ausgangsbedingungen bei Feldern mit hohen Umsätzen und Gewinnen (z.B. Energiepolitik) ungleich günstiger als bei Feldern ohne umfangreiche Transaktionen zwischen einer Anbieter- und einer Nachfragerseite (z.B. Verbraucherschutzpolitik) (Janning 2011). Junge Politikfelder, deren Repräsentanten noch wenige Machtressourcen akkumulierten, kann der Staat besonders unterstützen. Ein Beispiel ist die Windenergie, die als Umweltschutztechnologie gefördert wurde, zur wirtschaftlich bedeutenden Branche wuchs und ein finanziell relativ konsolidiertes Netzwerk aus Produzenten, Interessenvertretern sowie wissenschaftlichen, journalistischen und administrativen Experten etablierte (Ohlhorst 2009; Lewis/Wiser 2007). Das Capacity-Building des ökologischen Landbaus profitiert ebenfalls von staatlicher Förderung. In Dänemark subventionierte der Staat entsprechende landwirtschaftliche Betriebe. Er übernahm die Finanzierung eines Zertifizierungsprogramms mit Umweltlabel und förderte den Branchenverband sowie ein neu gegründetes Informationsbüro für Öffentlichkeitsarbeit und Exportförderung (Halpin/Daugbjerg/Schwartzman 2011). Allerdings scheint hier der Zufluss von Risikokapital privater Investoren geringer zu sein.

Die Literatur legt einen direkt-positiven Zusammenhang zwischen Finanzausstattung und politischer Organisationsfähigkeit nahe. So zeigt eine Fallstudie des ökologischen

Pflanzenschutzes in Großbritannien, dass das politische Netzwerk der Produzenten verglichen mit jenem der Hersteller synthetischer Pflanzenschutzmittel „relatively immature and weakly developed“ ist und ohne Unterstützung der zuständigen Aufsichtsbehörde, die gegenwärtig als kommunikativer Knotenpunkt fungiert, keine Konsolidierung zu erwarten ist (*Greaves/Grant 2010*). Einige Felder sind dauerhaft von staatlicher Förderung abhängig, weil sie ihre Institutionalisierung nicht selbst finanzieren können (z.B. Gleichstellungspolitik). Die materielle Reproduktion von Politikfeldern determiniert die Bildung immaterieller Ressourcen. So ist am Schulwesen gezeigt worden, dass sich die Berufsethik der Lehrer aufgrund der unterfinanzierten Strukturen nur langsam entwickeln und von der Kirche lösen konnte (*Ofenbach 2006*).

12. Wozu Ausreifungsheuristik

Der Aufsatz hat anhand einer Literaturrecherche verdeutlicht, dass die Theorie ausreifender Politikfelder bereits zur Anwendung kommt, zumindest implizit und in rudimentärer Form. Sie ist eine Möglichkeit, integrierte Ansätze aus Konzepten des historischen Institutionalismus und der Evolutionstheorie zu bilden und diese um die explizite Unterscheidung junger und alter Politikfelder zu ergänzen. Bereits bekannt ist, dass der Strukturwandel eines Politikfeldes Politikprozess und Politikergebnisse verändert. Nunmehr sollte auch beachtet werden, dass reife Netzwerke, mit konsolidierten und konsentierten Wissensbeständen, handlungsfähigen und vernetzten politischen Organisationen, transparenter und akzeptierter Regulierung sowie stabiler Finanzierung der Produzenten bzw. Versorgungssysteme, höhere Beiträge zur Wohlfahrtsproduktion leisten (*Moschitz/Stolze 2010; Weidner 2002*).

Geschichtsphilosophie und Wirtschaftswissenschaften weisen darauf hin, dass auf Reifeprozesse Verfall und Zerstörung folgen und alte Systeme von neueren abgelöst werden. Die Abfolge von Systemen wird als evolutionärer Prozess betrachtet, der zumeist positiv bewertet wird, denn Überlegenes verdrängt Überkommenes, woraus langfristig zivilisatorischer und ökonomischer Fortschritt resultieren. Dass Werden und Vergehen von Politikfeldern könnte gleichermaßen optimistisch interpretiert werden. Der Bedeutungsverlust eines Politikfeldes (z.B. Deutschlandpolitik; Wohnungsbaupolitik, Atomenergiepolitik) könnte Zeichen für die Lösung eines gesellschaftlichen Problems und die Beilegung eines gesellschaftlichen Konfliktes sein. Die Ausreifungstheorie eröffnet nicht nur diese historische und politikfeldübergreifende Analyseperspektive. Sie kann ganz pragmatisch dazu dienen, neu entstehende Felder zu entwickeln (*Noweski 2010*) und somit die Errichtung neuer politischer Institutionen beschleunigen; also im Sinne der Bewältigung gesellschaftlicher Problemlagen nützlich sein.

Literatur

- Adams, David/De Sousa, Christopher/Tiesdell, Steven*, 2010: Brownfield development. A comparison of north american and british approaches, in: *Urban Studies*, 47, S. 75-104.
- Ahlemeyer, Heinrich W*, 1989: Was ist eine soziale Bewegung? Zur Distinktion und Einheit eines sozialen Phänomens, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 18, S. 175-191.
- Ahonen, Pertti*, 2003: *After the expulsion: West Germany and eastern europe 1945–1990*, Oxford: Oxford University Press.
- Aldrich, Howard E./Ruef, Martin*, 2006: *Organizations evolving*, London: Sage.

- Arnold, Craig Anthony*, 2011: Fourth-generation environmental law. Integrationist and multimodal, in: *William & Mary Environmental Law & Policy Review*, 35, S. 771-886.
- Axelrod, Robert*, 1981: The emergence of cooperation among egoists, in: *American Political Science Review*, 75, S. 306-318.
- Bailey, Ian/Rupp, Susanne*, 2006: The evolving role of trade associations in negotiated environmental agreements. The case of United Kingdom climate change agreements, in: *Business Strategy and the Environment*, 15, S. 40-54.
- Bandelow, Nils C.*, 2009: Politisches Lernen. Begriffe und Ansätze im Vergleich, in: *Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C.* (Hrsg.), *Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0*, München: Oldenbourg, S. 313-346.
- Boase, Joan P.*, 2005: Institutions, institutionalized networks and policy choices. Health Policy in the US and Canada, in: *Governance*, 9, S. 287-310.
- Bolleyer, Nicole*, 2010: The Irish green party. From protest to mainstream party?, in: *Irish Political Studies*, 25, S. 603-623.
- Bucher, Rue/Strauss, Anselm*, 1961: Professions in process, in: *American Journal of Sociology*, 66, S. 325-334.
- Cacace, Mirella*, 2010: The US healthcare system. Hierarchization with and without the state, in: *Rothgang, Heinz u.a.* (Hrsg.), *The state and healthcare*, New York: Palgrave Macmillan, S. 180-234.
- Canary, Heather E.*, 2010: Structuring activity theory, in: *Communication Theory*, 20, S. 21-49.
- Chen, Zhenhua*, 2011: Is the policy window open for high-speed rail in the United States. A perspective from the multiple streams model of policymaking, in: *Transportation Law Journal*. (published online before print 09.05.2011)
- Crouch, Colin*, 2004: *Post-democracy*, Cambridge: Polity Press.
- Dinlersoz, Emin M./MacDonald, Glenn*, 2009: The industry life-cycle of the size distribution of firms, in: *Review of Economic Dynamics*, 12, S. 648-667.
- Dodds, Wendy/Cooper, J. Andrew G./McKenna, John*, 2010: Flood and coastal erosion risk management policy evolution in Northern Ireland: "Incremental or leapfrogging?", in: *Ocean & Coastal Management*, 53, S. 779-786.
- Döhler, Marian/Manow, Philip*, 1995: Formierung und Wandel eines Politikfeldes – Gesundheitspolitik von Blank zu Seehofer. MPIFG Discussion Paper 95/6, Köln.
- Dudley, Geoffrey/Richardson, Jeremy*, 1996: Why does policy change over time? Adversarial policy communities, alternative policy arenas, and British trunk roads policy, in: *Journal of European Public Policy*, 3, S. 63-83.
- Duffy, Robert J.*, 1997: *Nuclear politics in America. A history and theory of government regulation*. Lawrence: University Press of Kansas.
- El-Kasaby, Bassel/O'Neil, Patrick D./Tarry, Scott E.*, 2007: The evolution of policy and regulation in the first century of American aviation, in: *Plant, Jeremy F.*, (Hrsg.), *Handbook of transportation policy and administration*, Boca Raton: CRC Press.
- France, George/Taroni, Francesco*, 2005: The evolution of health-policy making in Italy, in: *Journal of Health Politics, Policy and Law*, 30, S. 169-187.
- Goethe, Johann W.*, 1999: Geistes-Epochen, in: *ders.*, *Sämtliche Werke, Briefe, Tagebücher und Gespräche*. Bd. 20, Frankfurt a. M.: Deutscher Klassiker Verlag, S. 243-236. (zuerst 1817)
- Golder, Peter N./Tellis, Gerald J.*, 2011: product life cycle, in: *Bayus, Barry L.* (Hrsg.), *Wiley international encyclopedia of marketing*, volume 5, Chichester: Wiley, S. 186-194.
- Grattet, Ryken/Jenness, Valerie*, 2001: The birth and maturation of hate crime policy in the United States, in: *American Behavioral Scientist*, 45, S. 668-696.
- Greaves, Justin/Grant, Wyn*, 2010: Underperforming policy networks. The biopesticides network in the United Kingdom, in: *British Politics*, 5, S. 14-40.
- Habermas, Jürgen*, 1971: Erkenntnis und Interesse, in: *Albert, Hans/Topitsch, Ernst*, (Hrsg.), *Werturteilsstreit*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 334-352. (zuerst 1965)
- Halpin, Darren/Daughbjerg, Carsten/Schwartzman, Yonatan*, 2011: Interest group capacities and infant industry development. State-sponsored growth in organic farming, in: *International Political Science Review*. (published online before print 25.03.2011)

- Hegel, Georg W. F.*, 1917: Die Vernunft in der Geschichte. Auf Grund des aufbehaltenen handschriftlichen Materials neu herausgegeben von Georg Lasson, Leipzig: Meiner.
- Herrmann, Bernd*, 2009: Umweltgeschichte wozu? Zur gesellschaftlichen Relevanz einer jungen Disziplin, in: *Masius, Patrick/Sparenberg, Ole/Sprenger, Jana*, (Hrsg.), Umweltgeschichte und Umweltzukunft, Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S. 13-50.
- Holzinger, Katharina/Knill, Christoph/Heichel, Stephan/Sommerer, Thomas*, 2010: Theorie und Empirie internationaler Politikkonvergenz. Eine vergleichende Analyse der Umweltpolitik zwischen 1970 und 2000, Opladen: Budrich.
- Jacobsson, Staffan/Lauber, Volkmar*, 2006: The politics and policy of energy system transformation – Explaining the german diffusion of renewable energy technology, in: *Energy Policy*, 34, S. 256-276.
- Jann, Werner/Wegrich, Kai*, 2009: Phasenmodelle und Politikprozesse. Der Policy Cycle, in: *Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C.* (Hrsg.), Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, München: Oldenbourg, S. 75-113.
- Janning, Frank*, 2011: Die Spätgeburt eines Politikfeldes? Die Institutionalisierung der Verbraucherschutzpolitik in Deutschland und im internationalen Vergleich, Baden-Baden: Nomos.
- Kant, Immanuel*, 1795: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, Königsberg: Nicolovius.
- Kilian, Holger/Engelmann, Fabian*, 2010: Auf dem Weg zu „Health in all Policies“. Was kann die soziallagenbezogene Gesundheitsförderung von der Umweltpolitik lernen?, in: *Gerlinger, Thomas/Kümpers, Susanne/Lenhardt, Uwe/Wright, Michael T.* (Hrsg.), Politik für Gesundheit, Bern: Huber, S. 41-52.
- Köhling, Karola/Lanfer, Jens*, 2010: Die Verbindlichkeit von politischen Entscheidungen im Mehrebenensystem der Politikfelder, in: *Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert* (Hrsg.), Systemanalyse als politische Reformstrategie, Wiesbaden: VS Verlag, S. 54-73.
- Kötter, Matthias*, 2003: Integration durch Recht?, in: *Sahlfeld, Konrad/Caroni, Martina/Chudozilov, Anna/Girsberger, Michael/Hördegen, Stephan/Keller, Lucy/Leutert, Stefan/Thurnherr, Daniela* (Hrsg.), Integration durch Recht, München: Beck, S. 31-52.
- Kurtz, Dietmar*, 1982: Zur Geschichte der Schulaufsicht im deutschsprachigen Raum, Darmstadt: Stoytscheff.
- Leblebici, Huseyin/Salancik, Gerald R./Copay, Anne/King, Tom*, 1991: Institutional change and the transformation of interorganizational fields, in: *Administrative Science Quarterly*, 36, S. 333-363.
- Lertzman, Ken/Rayner, Jeremy/Wilson, Jeremy*, 1996: Learning and change in the British Columbia forest policy sector, in: *Canadian Journal of Political Science*, 29, S. 111-133.
- Lewis, Joanna I./Wiser, Ryan H.*, 2007: Fostering a renewable energy technology industry. An international comparison of wind industry policy support mechanisms, in: *Energy Policy*, 35, S. 1844-1857.
- Lewis, Orion/Steinmo, Sven*, 2010: Taking evolution seriously in political science, in: *Theory in Biosciences*, 129, S. 235-245.
- Lowery, David*, 2007: Why do organized interests lobby?, in: *Polity*, 39, S. 29-54.
- Luhmann, Niklas*, 1981: Ausdifferenzierung des Rechts. Beiträge zur Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas*, 1990: Der Medizinische Code, in: *ders.*, Soziologische Aufklärung 5, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 183-195.
- March, James G./Olsen, Johan P.*, 2004: The logic of appropriateness. Centre for European Studies Working Papers WP 04/09, Oslo.
- Markham, William T.*, 2005: Networking local environmental groups in Germany, in: *Environmental Politics*, 14, S. 667-685.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich*, 1932: Das Kommunistische Manifest, Berlin: Internationaler Arbeiter-Verlag. (zuerst 1847)
- Mätzke, Margitta/Ostner, Ilona*, 2010: The role of old ideas in the new german family policy agenda, in: *German Policy Studies*, 6, S. 119-162.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W.*, 1995: Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in: *Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W.* (Hrsg.), Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung, Frankfurt a. M.: Campus Verlag, S. 39-72.

- McKelvey, Bill*, 1982: Organizational systematic, Berkeley: University of California Press.
- Merson, Michael H./O'Malley, Jeffrey/Serwadda, David/Apisuk, Chantawipa*, 2008: The history and challenge of HIV prevention, in: *Lancet*, 372, S. 475-488.
- Michels, Robert*, 1958: Political parties. A sociological study of the oligarchical tendencies of modern democracy, Glencoe: Free Press. (zuerst 1915)
- Mikuszies, Esther/Nowak, Jörg/Ruß, Sabine/Schwenken, Helen*, 2010: Die politische Repräsentation von schwachen Interessen am Beispiel von MigrantInnen, in: *Clement, Ute/Nowak, Jörg/Scherer, Christoph/Ruß, Sabine* (Hrsg.), Public Governance und schwache Interessen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Moschitz, Heidrun/Stolze, Matthias*, 2010: The influence of policy networks on policy output, in: *Food Policy*, 35, S. 247-255.
- Noweski, Michael*, 2008: Der Gesundheitsmarkt. Liberalisierung und Reregulierung als Resultat politischer Koalitionen, Berlin: Köster.
- Noweski, Michael*, 2010: Zur Ausreifung des Politikfeldes Public Health. WZB Discussion Paper SP I 2010-302, Berlin.
- Ofenbach, Birgit*, 2006: Geschichte des pädagogischen Berufsethos, Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Ohlhorst, Dörte*, 2009: Windenergie in Deutschland. Konstellationen, Dynamiken und Regulierungspotenziale im Innovationsprozess, Wiesbaden: VS Verlag.
- Pedersen, Anders B.*, 2010: The fight over danish nature. Explaining policy network change and policy change, in: *Public Administration*, 88, S. 346-363.
- Peltoniemi, Mirva*, 2011: Reviewing industry life-cycle theory. Avenues for future research, in: *International Journal of Management Reviews*. (published online before print 17.01.2011)
- Räbiger, Jutta*, 2011: Das Public-Health-Förderprogramm der Bundesregierung und was es bewirkt hat, in: *Schott, Thomas/Hornberg, Claudia* (Hrsg.), Die Gesellschaft und ihre Gesundheit, Wiesbaden: VS Verlag, S. 127-141.
- Sabatier, Paul A.*, 1998: The advocacy coalition framework, in: *Journal of European Public Policy*, 5, S. 98-130.
- Sabatier, Paul A./Weible, Christopher M.*, 2007: The advocacy coalition framework, in: *Sabatier, Paul A.* (Hrsg.), Theories of the policy process, Boulder: Westview Press, S. 189-220.
- Schumpeter, Joseph A.*, 1942: Capitalism, socialism, and democracy, New York: Harper & Brothers.
- Smith, Adrian*, 2007: Translating sustainabilities between green niches and socio-technical regimes, in: *Technology Analysis & Strategic Management*, 19, S. 427-450.
- Solomon, Barry D./Barnes, Justin R./Halvorsen, Kathleen E.*, 2007: Grain and cellulosic ethanol. History, economics, and energy policy, in: *Biomass and Bioenergy*, 31, S. 416-425.
- Spengler, Oswald*, 1922: Der Untergang des Abendlandes. Band 2, München: Beck.
- Spithoven, Antoon*, 2011: It's the institutions, stupid! Why U.S. health care expenditure is so different from Canada's, in: *Journal of Economic Issues*, 45, S. 75-95.
- Stefes, Christoph H.*, 2010: Bypassing Germany's reformstau. The remarkable rise of renewable energy, in: *German Politics*, 19, S. 148-163.
- Stevens, Rosemary A.*, 2008: History and health policy in the United States. The making of a health care industry, 1948-2008, in: *Social History of Medicine*, 21, S. 461-483.
- Toynbee, Arnold J.*, 1950: A study of history. Abridgement of volumes 1-6, New York: Oxford University Press. (zuerst 1946)
- Trampusch, Christine*, 2009: Der erschöpfte Sozialstaat, Frankfurt a. M.: Campus.
- van den Bergh, Jeroen/Kallis, Giorgos*, 2009: Evolutionary policy. Papers on Economics and Evolution 0902, Jena.
- Vlaar, Paul W. L./van den Bosch, Frans A. J./Volberda, Henk W.*, 2007: On the evolution of trust, distrust, and formal coordination and control in interorganizational relationships, in: *Group Organization Management*, 32, S. 407-429.
- Walter, Emil H.*, 1970: Soziologie und das Ende der Geschichtsphilosophie. Studien zum historischen Situationsverständnis neupositivistischer deutscher Soziologie, München: Ressay.
- Weber, Alfred*, 1935: Kulturgeschichte als Kulturosoziologie, Leiden: Sijthoff.

- Weible, Christopher M./Sabatier, Paul A.*, 2007: A guide to the advocacy coalition framework, in: *Fischer, Frank/Miller, Gerald J./Sidney, Mara S.* (Hrsg.), *Handbook of public policy analysis*, Boca Raton: CRC, S. 123-137.
- Weidner, Helmut*, 2002: Capacity building for ecological modernization, in: *American Behavioral Scientist*, 45, S. 1340-1368.
- Werle, Raymund*, 2007: Pfadabhängigkeit, in: *Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg* (Hrsg.), *Handbuch Governance*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 119-131.
- Wiesenthal, Helmut*, 1981: Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Frankfurt a. M.: Campus.
- Williams, A. Paul/Vayda, Eugene/Cohen, May L./Woodward, Christel A./Ferrier, Barbara M.*, 1995: Medicine and the canadian state. From the politics of conflict to the politics of accommodation?, in: *Journal of Health and Social Behavior*, 36, S. 303-321.
- Willke, Helmut*, 1983: Entzauberung des Staates, Königstein Ts.: Athenäum.
- Wong, Sam*, 2009: Institutionalizing water governance in England and Wales, in: *Journal of Natural Resources Policy Research*, 1, S. 307-320.
- Wray, K. Brad*, 2005: Rethinking scientific specialization, in: *Social Studies of Science*, 35, S. 151-164.
- Yanarella, Ernest J./Levine, Richard S./Lancaster, Robert W.*, 2009: Green vs. sustainability, in: *Journal of Record*, 2, S. 296-302.
- Zittoun, Philippe*, 2009: Understanding policy change as a discursive problem, in: *Journal of Comparative Policy Analysis*, 11, S. 65-82.

Anschrift des Autors:

Dr. Michael Noweski, Wormbacher Weg 36, 12207 Berlin
E-Mail: michaelnoweski@gmx.de